Persönlich erstellt für:

DGB

TAG DER ARBEIT

DGB

Mittwoch, 27. April 2011

Große Maifeier in Stadthagen

„Das ist das Mindeste: Faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit.“ Unter diesem Motto steht die diesjährige Mai-Kundgebung des DGB in Stadthagen.

Der 1. Mai – in diesem Jahr ein Sonntag – wird auf dem Gewerkschaftsgelände an der Probsthäger Straße erneut als Fest für die ganze Familie mit viel Musik organisiert. Hier das Programm im Überblick:

11 Uhr

- Begrüßung: Michael Patschkowski (ver.di)
- Mairede: Norbert Kuck (IG Metall, Bezirk Niedersachsen – Sachsen-Anhalt)

11.30 Uhr

- Talkrunde zum Thema „Leiharbeit bis zum Abwinken?“ (Eingeladen sind Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien und des JobCenters Schaumburg)

Anschließend

- Musikalisches Familienfest mit der Band „Watch out for the Blues“ sowie Kinderspielen, kulturellen Beiträgen und einem internationalen Angebot an Speisen und Getränken.

Wir brauchen eine radikale Umkehr in der Politik

Thorsten Gröger: Diese Art der Wachstumspolitik führt zwangsläufig in den Staatsruin

VON THORSTEN GRÖGER

Die Auswirkungen der aktuellen Politik und die weltweiten Ereignisse machen deutlich, dass wir umdenken müssen. Die rein auf Wachstum zielende Wirtschaftspolitik baut reguläre Beschäftigung ab und führt zur Schwächung des Staatswesens.

Der ungehemmte Umgang mit den Ressourcen und unsicheren Technologien wie der Atomkraft führt weltweit zur nicht reparablen Problemen Diese Politik gefährdet die Lebensgrundlage der Menschen. Und sie nimmt der Jugend die Perspektive.

Es vergeht eigentlich kein Tag ohne Horrormeldungen. Während sich die Parteien nach dem politischen Erdbeben in Baden-Württemberg neu sortieren, halten der japanische Atomreaktor Fukushima und die politische Lage im Nahen Osten die Welt in Atem. Man könnte in Weltuntergangsstimmung verfallen, wenn da nicht der weltweite Widerstand von Menschen aufkeimen würde, die eine politische Wende einfordern.

Die Bevölkerung in den arabischen Ländern sehnt sich nach Demokratie. Weltweit formieren sich die Gegner der Atomindustrie, so dass selbst die schwarz-gelbe Bundesregierung einen Kurswechsel in der Atomenergie einschlagen muss. So bilden die zerborstenen Atommeiler von Fukushima die Kulisse für neue politische Weichenstellungen.

1986 Tschernobyl (links), 2011 Fukushima: Grenzenloses Wachstum am Ende? Fotos: Archiv (2)

Kaum ein Ereignis hat der deutschen Bevölkerung mehr vor Augen geführt, wie sehr die handelnden Politiker der Regierungskoalition vom Lobbyismus bestimmt sind. Die japanische Dauer-Havarie hat zu einem Glaubwürdigkeits- und Machtverlust geführt.

Nun müssen die Deutschen nicht um die Demokratie kämpfen. Aber sie haben sie wieder entdeckt. Ob bei Protesten gegen Stuttgart 21, den Anti-Atomkraftdemos oder den bundesweiten Protestbewegungen, die die IG Metall im Rahmen ihrer Kampagne für ein „Gutes Leben“ organisiert hat.

Die Wut der Bürger, dass gegen ihren Willen entschieden wird, wächst und kanalisiert sich in einem wieder steigenden politischen Bewusstsein. Es geht den Menschen um die Frage: Wer gestaltet unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen in einer globalen Welt?

Umfragen belegen, dass die deutsche Bevölkerung einen Ausstieg aus der Atomenergie will. Dass sie eine nachhaltige Wirtschaftspolitik will, die auch sichere Arbeitsbedingungen bietet. Es geht um Zukunftsperspektiven für die junge Generation, um gute Lebensbedingungen und einen gesicherten Lebensstandard auch im Alter.

Es ist deshalb kein Wunder, dass wir wieder eine Diskussion führen, die zwischen 1970 und 1975 in Wissenschaft und Politik schon weit gediehen war und dann von der marktradikalen Welle der Neoliberalen wegschwemmt wurde: die kritische Diskussion über Wirtschaftswachstum.

Was wir heute Wirtschaftswachstum nennen, war ursprünglich eine statistische Zahl. Als Kenngröße hatte man das Sozialprodukt errechnet, um die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates zu beziffern. Erfasst werden Leistungen, die am Markt den Besitzer wechseln – zum Beispiel auch Löhne und Gehälter. Die Leistungen im Haushalt oder soziales Engagement werden nicht beziffert. Das heißt: Die Gesamtleistung der Bevölkerung außerhalb der Wirtschaft bleibt unberücksichtigt.

▸ Fortsetzung auf Seite 2